

Asgar Can:
Menschenrechte für Tibeter, Uiguren, Mongolen und chinesische Demokraten

Rede von **Asgar Can**, Vorsitzender der Ostturkestanischen Union in Europa, anlässlich des Hearings

**Menschenrechte für Tibeter, Uiguren, Mongolen
und chinesische Demokraten**

Bonn, 5. Mai 1999

Wir Uiguren leben in Ostturkestan im äußersten Nordwesten des heutigen China. Ostturkestan wurde 1876 von den mandschurischen Herrschern Chinas besetzt. Die Chinesen nennen das Gebiet seither „Xinjiang“, was „Neue Grenzgebiete“ bedeutet. Tatsächlich grenzt Ostturkestan an Rußland, Afghanistan, Pakistan, Indien, Kasachstan, Kirgisien, Tadjikistan und die Mongolei. Ostturkestan ist mit 1,6 Mio. Quadratkilometer viermal so groß wie Deutschland und sehr reich an Bodenschätzen. Große Erdöl-, Erdgas-, Platin-, Gold-, Silber-, Eisen-, Blei-, und Kupfervorkommen sind vorhanden.

Wenn in Europa von den Uiguren die Rede ist, dann denkt man meist an die sagenumwobene Seidenstraße. Obwohl ihre Menschenrechte in ähnlich massiver Weise verletzt werden wie die der Tibeter, ist dies international nur wenig bekannt. Ähnlich wie die Tibeter leiden auch die muslimischen Uiguren und andere in Ostturkestan lebende Völker unter der Verletzung ihrer Religions- und Meinungsäußerungsfreiheit. Wer sich für die Bewahrung der Kultur und Sprache einsetzt, gilt als „Separatist“ und „Terrorist“ und muss mit schwerster Bestrafung rechnen. Die Vernichtung der traditionellen Kultur geht wie in Tibet mit der massiven Ansiedlung von Han-Chinesen und mit der Sinisierung Ostturkestan einher. So gibt es viele Parallelen zwischen der Vernichtung der Tibeter und der chinesischen Repression in Ostturkestan.

Wie schwer die Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan sind, macht ein Ende April 1999 von der Menschenrechtsorganisation amnesty international veröffentlichter umfassender Bericht deutlich. Mindestens 210 Menschen wurden seit 1997 in der Autonomen Provinz Xinjiang zum Tode verurteilt, erklärte die Menschenrechtsorganisation. Mindestens 190 Todesurteile wurden vollstreckt. In keiner Region Chinas wurden so viele Menschen zum Tode verurteilt. Nur in Xinjiang würden auch politische Gefangene hingerichtet. Auch würde die uigurische Mehrheitsbevölkerung wirtschaftlich und sozial benachteiligt und ihre Religions- und Redefreiheit regelmäßig verletzt, erklärte amnesty international in dem Bericht.

Meinungsfreiheit

Doch schauen wir uns einmal genauer an, wie die Menschenrechte in Ostturkestan von China systematisch verletzt werden. Stichwort Meinungsfreiheit: Wer in Ostturkestan Kritik an der chinesischen Herrschaft übt, gilt als „Separatist“ und muß mit langjährigen Haftstrafen rechnen. Auch die Veröffentlichung historischer Fakten kann bereits schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. So wird im gesamten Bildungswesen die Geschichte Ostturkestans berußt verzerrt dargestellt und unterschlagen, daß 1933 und 1944 eine unabhängige Republik Ostturkestan bestand. Wer gegen diese Einseitigkeit protestiert, bekommt als „Feind des Volkes“ die ganze Härte des chinesischen Machtapparates zu spüren. Als verdächtig gilt es bereits, Publikationen über die Uiguren oder die Geschichte Ostturkestan zu veröffentlichen. Veröffentlichungen, die nicht der offiziellen Linie der Kommunistischen Partei entsprechen, werden verboten oder beschlagnahmt. An den Grenzen zu Kasachstan und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen Hunderttausende Uiguren leben, werden die Reisenden gezielt nach „illegalen“ Publikationen durchsucht. Mehrfach betont hat Chinas Staatspräsident in den letzten Monaten, der Kampf gegen die ethnischen „Separatisten“ und „Terroristen“ müsse verstärkt und mit aller Härte geführt werden.

Informationsfreiheit

Nicht besser steht es um die Informationsfreiheit: Angesichts der totalen Kontrolle aller Medien durch die staatlichen Zensurbehörden, wird im Radio, Fernsehen und in den Zeitungen nicht über die wachsende Kritik der Uiguren an der chinesischen Herrschaft informiert. Obwohl viele Uiguren kein Chinesisch sprechen, ist Chinesisch Amtssprache. Die uigurische Sprache wird weitestgehend missachtet. In den 50er Jahren führten die Chinesen zwangsweise das lateinische Alphabet für die Schreibung des Uigurischen ein. Allein in der Hauptstadt Urumtschi wurden 370.000 in arabischer Schrift geschriebene Bücher vernichtet, unter ihnen viele bedeutsame Dokumente uigurischer Kultur und Geschichte. Inzwischen wurde das lateinische Alphabet wieder abgeschafft und das ursprünglich benutzte arabische Alphabet wieder eingeführt. Die Willkür in der Sprachenpolitik hat zur Folge, daß viele Uiguren nur noch auf Chinesisch miteinander kommunizieren können. In den Schulen wird ganz im Geist der Assimilationspolitik gezielt die chinesische Sprache gefördert. So liegt der Anteil der uigurischen Kinder in den Grundschulen noch bei 52,9 Prozent, während es in den Mittelschulen nur noch 31,5 Prozent sind. Je qualifizierter die Schulausbildung ist, desto weniger Uiguren haben die Möglichkeit, sie erfolgreich zu beenden, wenn sie nicht bereit sind, ihre Identität aufzugeben. Da für alle höher

qualifizierten Tätigkeiten die perfekte Beherrschung des Chinesischen in Wort und Schrift erforderlich ist, ermutigen viele Eltern ihre Kinder, nur noch Chinesisch zu lernen. Langfristig geht von dieser Sprachenpolitik eine massive Gefährdung der uigurischen Kultur und Identität aus.

Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

Um die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist es noch schlimmer als in anderen Landesteilen Chinas bestellt. Nachdem bei schweren Auseinandersetzungen zwischen Uiguren, chinesischen Einwanderern und der Polizei im Februar 1997 in Yining (Uigurisch: Gulja) 200 Uiguren und 100 Han-Chinesen getötet worden waren, ist die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Ostturkestan massiv eingeschränkt worden. Versammlungen der Uiguren werden als verdächtig angesehen und sofort aufgelöst. Es ist lebensgefährlich, Vereine zu gründen, die sich für den Schutz der traditionellen Kultur und für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen, da jedes Mitglied als potentieller „Terrorist“ angesehen wird. Mit massiver Einschüchterung und Waffengewalt versucht die Zentralregierung jeden Versuch zu unterbinden, sich öffentlich für Menschenrechte und die Bewahrung der Kultur einzusetzen. So wurde im Januar 1999 eine Polizeitruppe von 8.660 Mann nach Yining verlegt, um jeden öffentlichen Protest zu unterdrücken.

Willkürliche Festnahmen

Tausende Menschen wurden in den letzten Jahren willkürlich festgenommen. Viele werden seit Jahren ohne ordentliches Gerichtsverfahren festgenommen. Viele werden seit Jahren ohne ordentliches Gerichtsverfahren oder Anklage in Einzelhaft gehalten. Andere werden im Rahmen der Administrativhaft zur Verbüßung oft mehrjähriger Strafen in Arbeitslagern verurteilt. Ihren Angehörigen wird jede Information über ihren Verbleib verweigert.

Folter

Folter ist in den Gefängnissen zur Erpressung von „Geständnissen“ an der Tagesordnung. Die meisten Verhafteten werden Verhafteten werden in Scheinverfahren, die nur wenige Stunden dauern und jeden rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen, zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt.

Religionsfreiheit

Massiv wird auch die Religionsfreiheit der muslimischen Uiguren verletzt. Hatte es in den 70er Jahren mit den Wirtschaftsreformen auch eine gewisse Liberalisierung in der Religionspolitik gegeben, so hat auch in diesem Bereich die Unterdrückung seit Beginn der 90er Jahren spürbar zugenommen. Nachdem im April 1990 in Baren in der Nähe der Stadt Kashgar heftige Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Sicherheitskräften ausgebrochen waren, für die muslimische Gruppen verantwortlich gemacht wurden, wurde die religiöse Verfolgung intensiviert. Mehr als 1500 Moscheen wurden von den Behörden geschlossen, zahllose muslimische Geistliche wurden verhaftet, privater Religionsunterricht, der Empfang religiöser Radio- und Fernsehsendungen aus dem Ausland sowie der Kontakt zu religiösen Institutionen im Ausland wurden verboten. Der Bau oder die Renovierung von 133 Moscheen in der Region von Ili wurde gestoppt. Immer wieder werden Moscheen von der Polizei durchsucht, geheim eingerichtete Koranschulen gewaltsam aufgelöst und Religionslehrer und muslimische Würdenträger verhaftet. Die Zahl der offiziell zugelassenen Moscheen und Koranschulen ist seit langem zu gering, angesichts des steig wachsenden Interesses der uigurischen Bevölkerung. Seit 1990 müssen sich religiöse Führer verpflichten, „die Führung der Kommunistischen Partei zu unterstützen und nationalen Separatismus zu bekämpfen.“ Wer diese Anordnung mißachtet, riskiert den Widerruf seiner Anerkennung. Im Rahmen einer Überprüfung verloren 1992 zehn Prozent aller Repräsentanten muslimischer Einrichtung ihre Ämter. Alle religiösen Würdenträger müssen sich jedes Jahr einer Prüfung durch prochinesische Organisationen unterziehen.

Scheinautonomie

Der Status als autonome Provinz trägt nicht zu einer Wahrung der Menschenrechte der Uiguren bei. Die von Peking gerühmte Selbstverwaltung ist eine Scheinautonomie. In der Verfassung oder in Gesetzen zugesicherte Rechte bestehen weitgehend nur auf dem Papier. Da sie mangels einer unabhängigen Rechtsprechung nicht einklagbar sind, hängt der Grad realisierbarer Rechte von der jeweiligen Linie der Kommunistischen Partei ab und ist somit willkürlich. Allein die Machtverhältnisse im regionalen Zentralkomitee der Kommunistischen Partei machen schon deutlich, daß Uiguren und andere nichtchinesische Bevölkerungsgruppen in Ostturkestan keine maßgeblichen Entscheidungsbefugnisse haben. So gehören dem regionalen ZK der KP 33 Han-Chinesen und nur 13 Uiguren, 2 Kirgisen, 2 Mongolen, 2 Hui und 4 Kasachen an. Auch in der Regionalregierung haben Han-Chinesen das Sagen: Neben 5 Han-Chinesen gehören 3 Uiguren und 1 Kasache der Regierung an. Der Zuzug von Han-Chinesen nach Ostturkestan nimmt täglich zu. Allein von 1949 bis 1973 nahm der Anteil der Han-Chinesen von 3,7 Prozent auf 38 Prozent zu. Heute stellen die Uiguren nur noch 45 Prozent der Bevölkerung. Die Han-Chinesen wurden mit 41 Prozent zur zweitgrößten ethnischen Gruppe. Wie in Tibet werden auch in Ostturkestan die Spannungen zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und den Zuwanderern von chinesischen Behörden und Unternehmen geschürt, in dem Han-Chinesen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bevorzugt werden.

Asgar Can: Menschenrechte für Tibeter, Uiguren, Mongolen und chinesische Demokraten

Zunahme der Spannungen

Angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen nehmen die Spannungen zwischen Uiguren, den Sicherheitskräften sowie den zugewanderten Han-Chinesen kontinuierlich zu. Je verzweifelter der Überlebenskampf der Uiguren wird, desto häufiger wird es zu Terrorakten kommen. Dabei lehnt die Mehrheit der Menschen in Ostturkestan terroristische Gewalt als Mittel des Widerstandes ab.

Um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern, fordern wir Uiguren:

- die Freilassung aller politischen Gefangenen in Ostturkestan,
- einen Stopp der Ansiedlung von Han-Chinesen,
- die Beachtung der in der chinesischen Verfassung garantierten Menschenrechte,
- Menschenrechtsorganisationen und Journalisten freien Zugang nach Ostturkestan zu gewähren,
- die nominell bestehende Selbstverwaltung der „Autonomen Region Xinjiang“ auch tatsächlich zu realisieren.
- die seit altershehr ansässige Bevölkerung stärker an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen.